

## **Antrag zur Mitgliederversammlung der FDP Wiesbaden**

### **betr. Kommunale Arbeitsvermittlung auf Eltern von kleinen Kindern konzentrieren**

#### **Antragstellerinnen: Kreisvorstand der Liberalen Frauen Wiesbaden**

Die FDP Wiesbaden fordert die Landeshauptstadt Wiesbaden dazu auf, in ihrer Eigenschaft als Optionskommune die Arbeit der Kommunalen Arbeitsvermittlung vorrangig darauf zu konzentrieren, arbeitsuchende Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II, die kleine Kinder haben, in den Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Das besondere Bemühen um Eltern bei der Vermittlung in Lohn und Brot liegt darin begründet, dass es hier nicht allein um die Eltern geht, sondern ebenso sehr um deren Kinder. Wenn Kinder erleben, dass Eltern keiner regelmäßigen Arbeit nachgehen und von staatlicher Unterstützung abhängig sind, prägt sie das für ihr ganzes Leben. Ebenso nachhaltig prägt es Kinder, wenn ihre Eltern einen Arbeitsplatz haben, etwas leisten und in der Lage sind, unabhängig vom Staat für das eigene Auskommen der Familie zu sorgen. Für Kinder ist dieses positive Vorbild von essentieller Bedeutung für ihr weiteres Leben. Denn nur so lernen sie, dass der eigene Lebensunterhalt ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit gewährleistet.

In Wiesbaden liegt jedoch die Quote der Kinder, die in Armut leben, um 39 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Ihnen fehlt das Vorbild für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit. Deshalb sollen sich die kommunalen Arbeitsvermittlungen in Wiesbaden schwerpunktmäßig um die Vermittlung von Eltern kleiner Kinder in Arbeit konzentrieren, weil dies der gesamten Familie zugute kommt.

#### **Begründung:**

In Wiesbaden leben weitaus mehr Kleinkinder in Armut als im Bundesdurchschnitt: 25,3 Prozent sind es in der Landeshauptstadt, im bundesweiten Durchschnitt sind es 18,2 Prozent, in Hessen sogar nur 16,6 Prozent. Dies stellt eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung mit Bezug auf das Jahr 2011 fest.